



KPÖ-LINKS Bezirksrat Dietmar Zach stellt in der Bezirksvertretungssitzung vom 6.11.2025 gemäß §24 GO-BV den folgenden Antrag

Saal der Bezirksvertretung für die Allgemeinheit öffnen und dies auf der Website kundtun

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, dass der Festsaal der Bezirksvorstehung für Vereinen und Initiativen, welche in Rudolfsheim-Fünfhaus ansässig oder aktiv sind, zur unentgeltlichen Nutzung für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt wird. Die Nutzungsmöglichkeit soll auf der Homepage der Bezirksvorstehung beworben werden.

Begründung:

Vereine und Initiativen verfügen selten über geeignete Räumlichkeiten, um größere Veranstaltungen abzuhalten, sodass die Finanzierung eines Veranstaltungsort oft eine erhebliche finanzielle Belastung darstellt. Ein kostenloser Veranstaltungsort ermutigt Bürger*innen, sich aktiv in ihrem Bezirk zu engagieren und eigene Projekte zu initiieren, was die Bürgerbeteiligung und das demokratische Engagement stärkt. Schließlich fördern Veranstaltungen, die von lokalen Gruppen organisiert werden, die Identifikation der Bewohner*innen mit ihrem Bezirk. Durch die unentgeltliche Bereitstellung des Festsaals wird aktiv zur Förderung einer lebendigen und engagierten Gemeinschaft beitragen.

**An die
Bezirksvorstehung
Rudolfsheim-Fünfhaus
Gasgasse 8-10
1150 Wien**

Betrifft: Antrag der FPÖ-Fraktion zur Bezirksvertretungssitzung am 06.11.2025 bezüglich
**Überprüfung der verkehrssicheren Montage der zwischen den Gleisen befindlichen
Gleistrageplatten in der Hütteldorfer Straße zwischen Johnstraße und Huglgasse**

Die unterzeichneten Bezirksräte stellen gem. § 24 GO-BV nachstehenden

A N T R A G

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien mögen sicherstellen, dass im Bereich zwischen Johnstraße und Huglgasse die verkehrssichere Montage der zwischen den Gleisen der Linie 49 befindlichen Gleistrageplatten überprüft werde.

B E G R Ü N D U N G

Die Gleisanlagen wurden 2025 saniert. Leider beschweren sich Fahrzeugbenützer darüber, dass bei Befahren der Gleisanlagen teilweise eine Geräuschkulisse entsteht, bei der der Eindruck entsteht, dass diese Platten nicht fest verbunden, sondern locker montiert sein könnten.

Eine Überprüfung dieser Anlagen erscheint aus Gründen der Verkehrssicherheit notwendig.

Sylvia Hetlinger
Bezirksrat

Dr. Günther Mück
Klubobmann-Stv.

Ing. Manfred R. Dvořák
Klubobmann

**An die
Bezirksvorstehung
Rudolfsheim-Fünfhaus
Gasgasse 8-10
1150 Wien**

Betrifft: Antrag der FPÖ-Fraktion zur Bezirksvertretungssitzung am 06.11.2025 bezüglich
**Durchführung von Lärm-, und Geschwindigkeitsmessungen im Bereich
Hütteldorferstraße zwischen der Johnstraße und der Huglgasse**

Die unterzeichneten Bezirksräte stellen gem. § 24 GO-BV nachstehenden

A N T R A G

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien mögen veranlassen, dass im Bereich der Hütteldorferstraße, zwischen der Johnstraße und Huglgasse Lärmessungen zur Erfassung des durch Fahrzeugverkehr verursachten Umgebungslärms sowie begleitend Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt werden.

B E G R Ü N D U N G

Bewohner dieser Straßenzüge berichten über erhebliche Lärmbelastungen durch Kfz-Verkehr, insbesondere wegen vermeidbaren Lärms wegen Fahrzeugbeschleunigungen.

Da exzessiver Verkehrslärm negative Auswirkungen auf die Gesundheit haben kann und der Lärmpegel in diesem Straßenabschnitt überprüft werden sollte, ist eine messtechnische Erfassung der Lärmbelastung notwendig.

Eine begleitende Messung und der Geschwindigkeiten und Darstellung derselben der auf diesen Straßenzügen fahrenden Fahrzeuge ist als sinnvoll anzusehen.

Ziel ist es, die tatsächliche Lärm- und Geschwindigkeitssituation zu dokumentieren und auf dieser Grundlage geeignete Maßnahmen prüfen zu können.

Sylvia Hetlinger
Bezirksrat

Dr. Günther Mück
Klubobmann-Stv.

Ing. Manfred R. Dvořák
Klubobmann

**An die
Bezirksvorstehung
Rudolfsheim-Fünfhaus
Gasgasse 8-10
1150 Wien**

Betrifft: Antrag der FPÖ-Fraktion zur Bezirksvertretungssitzung am 06.11.2025 bezüglich
Schrägparken in der Sperrgasse / Ecke Grangasse

Die unterzeichneten Bezirksräte stellen gem. § 24 GO-BV nachstehenden

A N T R A G

Die MA 46 wird ersucht, im Verlauf der Sperrgasse oberhalb der Grangasse an Stellen die ausreichend breit sind, unverzüglich die Anordnung einer Schrägparkordnung per Bodenmarkierung und Straßenverkehrszeichen zu prüfen.

B E G R Ü N D U N G

Jahrelang wurde in der Sperrgasse im oberen Sackgassenbereich an ausreichend breiter Straßenstelle trotz fehlender anordnender Bodenmarkierungen / Straßenverkehrszeichen schräg geparkt. Dadurch wurde der Parkraum bestmöglich genutzt und die Anrainer hatten ausreichend Parkraum zur Verfügung.

Da das Schrägparken nur bei Vorhandensein entsprechender Bodenmarkierungen bzw. Straßenverkehrszeichen erlaubt ist, wurden in letzter Zeit von der Parkraumüberwachung Strafen verhängt und dadurch das Parallelparken erzwungen.

Diese Vorgehensweise ist nicht im Sinne der Anwohner. Durch die fehlende Anordnung werden ca. 4 Parkplätze verhindert.

Die Einführung der Schrägparkordnung in der Sperrgasse würde ein sinnvoller Beitrag sein, die trotz vorhandenem Parkaufkleber entstandene Parkplatznot der Anrainer in diesem Grätzel zu lindern.

Außerdem werden durch verminderter Parkplatzsuchfahrten Abgase vermieden, was zur Erhöhung der Umweltqualität beitragen würde.

Dieser Antrag wurde bereits in der BV- Sitzung am 20.06.2024 eingebracht, allerdings in der BV-Sitzung am 26.09.2024 wieder zurückgezogen. da die Einbahnführungen aufgrund der Baustellensituation in der Mariahilfer Straße geändert waren. Jetzt sind die Einbahnführungen jedoch wieder wie vorher und daher ist die Situation wieder die gleiche wie vorher.

Weiters wurde dieser Antrag auch in der BV- Sitzung vom 13.03.2025 eingebracht und mehrheitlich angenommen. Allerdings wurde er aufgrund des Endes der Legislaturperiode nicht weiter behandelt.

Ing. Manfred R. Dvořák
Klubobmann

Dr. Günther Mück
Klubobmann-Stv.

**Klub der Freiheitlichen Bezirksräte
Wien - Rudolfsheim-Fünfhaus**



Anlage 1:



Anlage 2:



**Klub der Freiheitlichen Bezirksräte
Wien - Rudolfsheim-Fünfhaus**



**An die
Bezirksvorstehung
Rudolfsheim-Fünfhaus
Gasgasse 8-10
1150 Wien**

Betrifft: Antrag der FPÖ-Fraktion zur Bezirksvertretungssitzung am 06.11.2025 bezüglich
Sperrmülltag

Die unterzeichneten Bezirksräte stellen gem. § 24 GO-BV nachstehenden

A N T R A G

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, im Bezirk Rudolfsheim-Fünfhaus einen kostenfreien Sperrmülltag pro Jahr einzuführen, an dem alle Bürger des Bezirkes die Möglichkeit erhalten, ihren Sperrmüll an zentralen Müllsammelstellen (beispielsweise neben den bestehenden Papier- und Restmüllcontainern in den Wohnhausanlagen sowie geeigneten Orten im öffentlichen Raum) zu entsorgen. Die Abholung und Entsorgung des Sperrmülls soll für die Bürger kostenlos sein und durch den Bezirk in Zusammenarbeit mit der MA 48 organisiert werden.

B E G R Ü N D U N G

Ein gleicher Antrag wurde im Bezirk Neubau von den Neos und Grünen eingebracht, und in der Bezirksvertretungssitzung vom 26.6.2025 einstimmig angenommen.

Ein Bedarf für einen Sperrmülltag besteht auch im Bezirk.

Dr. Günther Mück
Klubobmann-Stv.

Ing. Manfred R. Dvořák
Klubobmann

Antrag betreffend Einführung eines Sperrmülltages

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 06. November 2025 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, in Rudolfsheim-Fünfhaus einen kostenfreien Sperrmülltag pro Jahr einzuführen, an dem alle Bürger:innen des Bezirks die Möglichkeit erhalten, ihren Sperrmüll an zentralen Müllsammelstellen (beispielsweise neben den bestehenden Papier- und Restmüllcontainern in den Wohnhausanlagen sowie geeignete Orte im öffentlichen Raum wie Christbaumsammelstellen) zu entsorgen. Die Abholung und Entsorgung des Sperrmülls soll für die Bürger:innen kostenlos sein und durch den Bezirk in Zusammenarbeit mit der MA 48 organisiert werden.

Begründung:

1. Niederschwellige und kostenfreie Entsorgung für Bürger:innen Die derzeit verfügbaren Möglichkeiten zur Entsorgung von Sperrmüll – entweder durch eine kostenpflichtige Sperrmüllabfuhr, die Beantragung einer kostenpflichtigen Mulde oder den Transport zum Mistplatz – stellen für viele Bürger:innen eine Hürde dar. Dies betrifft insbesondere ältere Menschen, Personen ohne eigenes Transportmittel oder jene mit geringeren finanziellen Ressourcen. Ein jährlicher kostenfreier Sperrmülltag in Rudolfsheim-Fünfhaus würde es allen Bürger:innen ermöglichen, ihren überflüssigen Sperrmüll auf einfache und unbürokratische Weise zu entsorgen. Dies begünstigt eine soziale und gerechte Abfallentsorgung im Bezirk. Eine gezielte Informationskampagne durch den Bezirk (z. B. über Bezirksblätter, Postwurfsendungen oder Bekanntmachungen in sozialen Medien) informiert zudem über den Termin, die Annahmebedingungen und die erlaubten Sperrmüllarten. Auch das Verbot illegaler Sammlungen könnte in diesem Zusammenhang nochmals betont werden.

2. Verringerung illegaler Sperrmüllentsorgung: Illegale Sperrmüllentsorgung im öffentlichen Raum führt zu zusätzlichen Aufwänden und Kosten für die Stadt. Ein kostenfreier Sperrmülltag kann Bürger:innen motivieren, legale und geordnete Entsorgungswege zu nutzen, und so die unrechtmäßige Ablagerung von Sperrmüll in Gassen, Parks oder vor Müllcontainern reduzieren.

3. Effizientere Ressourcennutzung und Aufklärung: Die MA 48 besitzt in Wien eine bewährte Infrastruktur zur Sammlung, Sortierung und Verwertung von Müll. Durch die organisierte Abholung des Sperrmülls an einem festgelegten Tag könnten verbliebene Wertstoffe im Sperrmüll effizienter aussortiert und einer Verwertung zugeführt werden. Zusätzliche Informationen der MA 48 über eine sachgemäße Mülltrennung im Zuge dieser Aktion könnten nachhaltig das Bewusstsein für Abfallfragen im Bezirk erhöhen.

4. Vorbildfunktion und Gemeinwohlförderung: Andere Bezirke Wiens könnten von dieser Initiative inspiriert werden, ähnliche Sperrmülltage einzuführen, was insgesamt zur Verbesserung der Abfallwirtschaft in der gesamten Stadt Wien beiträgt. Darüber hinaus stärkt ein solches Angebot das Vertrauen der Bürger:innen in die öffentliche Verwaltung und zeigt, dass der Bezirk Rudolfsheim-Fünfhaus einen konsequenten Beitrag zum Gemeinwohl leistet.

Abschließend möchten wir festhalten, dass ein jährlicher kostenfreier Sperrmülltag in Rudolfsheim-Fünfhaus eine unkomplizierte und erschwingliche Möglichkeit zur Entsorgung von Sperrmüll schaffen würde, die Umwelt und den öffentlichen Raum entlasten sowie das Bewusstsein für eine nachhaltige Abfallwirtschaft fördern.

Wien, am 06.11.2025

Andreas Leszkovsky

Edin Cajlakovic

Lukas Hofstätter

Wien, am 30.10.2025

Antrag

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **06.11.2025** nachstehenden Antrag:

Begrünung für die ganze Turnergasse

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats die bereits in Kommissionen präsentierten Pläne für die Turnergasse 16-19 vollständig umzusetzen.

Diese umfassen:

- die Errichtung von Radabstellanlagen
- Begrünung und Entsiegelung

Die notwendige Wartezeit aufgrund des Baustellenverkehrs im Rahmen des Umbaus des ersten Bauabschnitts der Mariahilfer Straße ist nicht mehr gegeben.

Begründung:

Mit der Initialzündung des Grünen Antrages Platz für Fünfhaus im Februar 2021 und der Umgestaltung der Mariahilfer Straße diesen Jahres konnte das Gürtelnahe Grätzl südlich der Mariahilfer Straße von enormer Begrünung, barrierefreier Mobilität und Verkehrsberuhigung profitieren.

Entsiegelungen und Baumpflanzungen in der Robert-Hammerling Gasse (Ordnungsnummer 15-17), die Grüne Umgestaltung der Palmgasse und der Turnergasse und nicht zuletzt der Eröffnung des neuen erweiterten Dingelstedtparks.

Ein Teil des Gesamtprojektes wurde jedoch leider nie umgesetzt. Die Turnergasse 16-19 bleibt bis heute grau und wartet noch auf die geplante Begrünung. Wir fordern die Bezirksvorstehung auf hier aktiv zu werden und mit den entsprechenden Magistraten eine schöne Grätzlumgestaltung zu vollenden.

Wien, am 30.10.2025

Antrag

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **06.11.2025** nachstehenden Antrag:

Begrünung Illeksgasse

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien um Prüfung von Begrünungsmöglichkeiten in der Illeksgasse, um die Hitzebelastung deutlich zu reduzieren und somit die Lebensqualität der Anwohner:innen zu steigern.

Begründung

Fehlende grüne Infrastruktur und durchgehend versiegelte Flächen prägen den Straßenzug. Das Phänomen der urbanen Hitzeinseln – also deutlich höheren Temperaturen im dichtverbauten Gebiet – nimmt durch den globalen Klimawandel deutlich zu. Durch städtebauliche Maßnahmen kann diese Entwicklung zumindestens abgemindert werden. Durch die zunehmenden Hitzetage wird nicht nur die Lebensqualität der Bevölkerung stark eingeschränkt, sondern es sind damit auch erhebliche gesundheitliche Risiken verbunden, denen es entgegenzutreten gilt.

Catherina Schneider

Katharina Schöll

Wien, am 28.10.2025

Antrag

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **06.11.2025** nachstehenden Antrag:

Barrierefreie Gehsteigkanten

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien, folgende Gehsteigkanten auf 1 Zentimeter (bzw. 3 Zentimeter, wenn bau- und entwässerungstechnische Rahmenbedingungen dies erfordern) über Fahrbahniveau abzusenken:

Clementinengasse Ecke Fünfhausgasse (Clementinengasse 11-17)

Dadlergasse Ecke Schwendergasse (Schwendergasse 27)

Schweglerstraße Ecke Goldschlagstraße (Schweglerstraße 10)

Felberstraße Ecke Preysinggasse (Preysinggasse 2)

Felberstraße Ecke Schweglerstraße (bei der Fahrschule)

Arnsteingasse Ecke Schwendergasse (Schwendergasse 1)

Arnsteingasse Ecke Sechshauser Straße (Sechshauser Straße 46)

Begründung

Hohe Gehsteigkanten stellen u.a. für Rollstuhlfahrer:innen und Personen mit Kinderwagen Barrieren im öffentlichen Raum dar. Die genannten Kreuzungen sind nicht oder in Breite oder Höhe nicht ausreichend barrierefrei und sollen daher so flach wie möglich abgesenkt werden.

Wien, 30.10.2025

Antrag

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfaus in der Bezirksvertretungssitzung am **06.11.2025** nachstehenden Antrag:

Freie Fahrt in der Mariahilfer Straße

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien an folgenden Stellen „Grünpfeil im Radverkehr“ anzubringen:

- Mariahilfer Straße stadtauswärts (Grünpfeil geradeaus) über die Haidmannsgasse
- Mariahilfer Straße stadteinwärts (Grünpfeil geradeaus) über die Haidmannsgasse
- Mariahilfer Straße stadtauswärts (Grünpfeil geradeaus) über die Talgasse
- Mariahilfer Straße stadteinwärts (Grünpfeil geradeaus) über die Talgasse

Begründung

Seit der 33. StVO-Novelle des Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie im Oktober 2022 hat Radfahren in Österreich einen höheren Stellenwert. Das Verkehrsschild „Grünpfeil im Radverkehr“ bietet dem Bezirk die Möglichkeit den Radverkehr in Wien entscheidend zu beschleunigen. Kürzere Wartezeiten und schnelleres Vorankommen macht Radfahren in Wien attraktiver für die Menschen im Bezirk. Um einen flüssigen und schnellen Radverkehr in Rudolfsheim-Fünfhaus zu gewährleisten, soll der Ausbau konsequent fortgesetzt werden.

Catherina Schneider

Katharina Schöll

DIE GRÜNEN
GRÜNE ALTERNATIVE
RUDOLFSHEIM-FÜNFHAUS



Wien, am 30.10.2025

Antrag

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **06.11.2025** nachstehenden Antrag:

Trinkwasser und Schatten für den Haidmannspark

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats den Haidmannspark mit einem Trinkhydranten und einem Sonnensegel für den Sandspielplatz auszustatten.

Begründung

Der Haidmannspark ist ein schöner Verweilort für Groß und Klein. Spielgeräte und ausreichend Sitzgelegenheiten bieten ein breites Angebot für die Anwohner:innen. Ein Öklo ermöglicht seit kurzem auch allen Menschen eine erleichterte Nutzung. Es fehlt noch Zugang zu Trinkwasser und ausreichend Beschattung für die Kleinsten am Sandspielplatz für eine gelungene Wohlfühlloase im dicht verbauten Gebiet.

Catherina Schneider

Katharina Schöll

DIE GRÜNEN
GRÜNE ALTERNATIVE
RUDOLFSHEIM-FÜNFHAUS



Wien, am 30.10.2025

Antrag

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **06.11.2025** nachstehenden Antrag:

Verkehrssicherheit für Kinder in der Fünfhausgasse

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats die Sichtbeziehungen beim Schutzweg in der Fünfhausgasse (Höhe Ordnungsnummer 16-18) zu verbessern.

Dies soll durch eine Neunutzung der zwei direkt am Schutzweg vor der Friesgasse gegenüberliegenden Stellplätze, sowie einer Verlegung des Mistkübeln in die Friesgasse gelingen.

Begründung

Anrainer:innen berichten von einer Gefahrenstelle für die Schüler:innen und Kindergartenkinder in den angrenzenden Häusern. Diese werden bei der Nutzung des Schutzweges aufgrund des ungünstig positionierten Mistkübelns und der direkt angrenzenden Stellplätze viel zu spät gesehen. Autofahrer:innen wird somit enorm erschwert die Sicherheit von Kinder zu gewährleisten und Gefahrensituationen zu vermeiden (Kinder sind aus dem Vertrauensgrundsatz ausgenommen).

Catherina Schneider

Katharina Schöll

Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

Antrag

Wiederinbetriebnahme des Rechtsabbiegers an der Kreuzung Gablenzgasse/Gürtel

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen bezüglich der Verkehrssituation an der Kreuzung Gablenzgasse/ Gürtel in Rudolfsheim-Fünfhaus zur Bezirksvertretungssitzung am 06. November 2025 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

Die zuständige Magistratsdienststelle der Stadt Wien wird ersucht, an der Kreuzung Gablenzgasse/Gürtel eine eigene Grünphase für den Rechtsabbiegerverkehr einzurichten. Dabei soll berücksichtigt werden, dass die Fußgängerampel über den Gürtel während dieser Phase auf Rot geschaltet bleibt, um einen kontinuierlichen Abfluss des Verkehrs zu gewährleisten.

Um Zuweisung in den Verkehrsausschuss wird ersucht.

Begründung:

An der Kreuzung Gablenzgasse/Gürtel kommt es aufgrund des hohen Fußgängeraufkommens regelmäßig zu erheblichen Rückstaus auf der Rechtsabbiegerspur. Diese Rückstaus führen in weiterer Folge zu Verkehrsbehinderungen.

Durch die Einrichtung einer eigenen Grünabbiegephase kann der Verkehrsfluss verbessert und die Situation für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer deutlich entschärft werden. Darüber hinaus trägt eine geordnete und klar geregelte Abbiegephase wesentlich zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bei: Konfliktsituationen zwischen abbiegenden Fahrzeugen und Fußgängerinnen bzw. Fußgängern werden reduziert, Unfälle können vermieden und der Straßenraum insgesamt sicherer gestaltet werden.



BR Ahmet Bozkurt, MA
Klubobmann



BR Felix Ofner, MA
Bezirksparteiobmann

Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

Antrag

Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Geibelgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen bezüglich verkehrsberuhigender Maßnahmen im unteren Abschnitt der Geibelgasse (Hausnummer 1 bis Hausnummer 16) in Rudolfsheim-Fünfhaus zur Bezirksvertretungssitzung am 06. November 2025 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

Die zuständige Magistratsdienststelle der Stadt Wien wird ersucht, geeignete verkehrsberuhigende Maßnahmen im unteren Abschnitt der Geibelgasse umzusetzen, um die Einhaltung der bestehenden Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h zu gewährleisten. Konkret soll dabei eine Bodenmarkierung mit der Aufschrift „30“ im Fahrbahnbereich angebracht werden.

Um Zuweisung in den Verkehrsausschuss wird ersucht.

Begründung:

In den vergangenen Monaten haben sich die Beschwerden von Anrainerinnen und Anrainern gehäuft, dass die vorgeschriebene Geschwindigkeitsbegrenzung im unteren Abschnitt der Geibelgasse, insbesondere im Bereich der Hausnummern 1 bis 16, von zahlreichen Fahrzeugen nicht eingehalten wird. Besonders auffällig ist dabei, dass PKW, die von der Stiegergasse kommend einfahren und die Kreuzung bei blinkendem Grünlicht queren, häufig mit überhöhter Geschwindigkeit in die Geibelgasse einfahren.

Dies führt nicht nur zu einer spürbaren Lärmbelästigung für die Anrainerinnen und Anrainer, sondern stellt auch ein erhebliches Sicherheitsrisiko für Bürgerinnen und Bürger im Wohnumfeld dar. Eine deutliche „30“-Bodenmarkierung trägt sichtbar zur Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmer bei, erhöht die Aufmerksamkeit, unterstützt die Einhaltung der Tempobeschränkung und leistet somit einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit.



BR Ahmet Bozkurt, MA
Klubobmann



BR Felix Ofner, MA
Bezirksparteiobmann

Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

Antrag

Beleuchtung des Hundeparks auf der Äußeren Mariahilferstraße (hinter der Shell-Tankstelle)

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen bezüglich der Beleuchtung der Hundezone hinter der Shell-Tankstelle auf der äußeren Mariahilfer Straße in Rudolfsheim-Fünfhaus zur Bezirksvertretungssitzung am 06. November 2025 gem. GO-BV §24 folgenden Antrag:

Die zuständige Magistratsdienststelle der Stadt Wien wird ersucht, die Hundezone hinter der Shell-Tankstelle auf der äußeren Mariahilfer Straße mit einer angemessenen Beleuchtung auszustatten, um die Sicherheit, Ordnung und Nutzbarkeit dieser unbeleuchteten Anlage nachhaltig zu erhöhen.

Eine Zuweisung in die Bezirksentwicklungskommission wird erbeten.

Begründung:

Die Hundezone hinter der Shell-Tankstelle stellt eine wichtige Freifläche für zahlreiche Hundehalterinnen und Hundehalter im 15. Bezirk dar. Der Hundepark weist jedoch keinerlei Beleuchtung auf. Vor allem in den Herbst- und Wintermonaten, wenn es bereits am späten Nachmittag dunkel ist, führt dies zu einer eingeschränkten Nutzbarkeit der Anlage. Mehrere Anrainerinnen und Anrainer berichten zudem, dass die Dunkelheit den Bereich für Personen attraktiv macht, die diesen Ort zum Konsum von Drogen aufsuchen. Dies führt nicht nur zu einem verminderten subjektiven Sicherheitsgefühl der Nutzerinnen und Nutzer, sondern beeinträchtigt auch die Ordnung und Sauberkeit in der Hundezone. Dies kann vor allem für Mensch und Tier gefährlich werden. Eine gezielte Ausleuchtung der Hundezone würde dazu beitragen, den Park wieder stärker seiner eigentlichen Bestimmung zuzuführen, die Sicherheit für Mensch und Tier zu erhöhen und den öffentlichen Raum insgesamt aufzuwerten.



BR Ahmet Bozkurt, MA
Klubobmann



BR Felix Ofner, MA
Bezirksparteiobmann



Die Bezirksrätiinnen von KPÖ/LINKS Rudolfsheim-Fünfhaus stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus am 6.11.2025 den folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

„Oida Wien, hör zu!“ – Für Kunst und Dialog im öffentlichen Raum

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus verurteilt den Vandalenakt am 8.10.2025 gegen die Ausstellung „*Oida Wien, hör zu!*“ der Künstlerinnen **Asmah Aiad** und **Esma Bosnjakovic** am Schwendermarkt und bekennt sich ausdrücklich zu künstlerischen Ausdrucksformen im öffentlichen Raum.

Die Ausstellung, die zum Zuhören, Verstehen und respektvollen Miteinander anregen sollte, wurde mutwillig zerstört. Gerade Kunstprojekte, die Dialog und Verständigung fördern, verdienen besondere Unterstützung auf allen Ebenen.

Die Bezirksvertretung spricht den Künstlerinnen ihre Solidarität aus und unterstützt die Bemühungen für derartige Veranstaltungen. Vandalismus darf die Bedeutung von Kunst, gegenseitigem Respekt und Zusammenhalt nicht untergraben.

Rudolfsheim-Fünfhaus soll ein Ort bleiben, an dem Vielfalt, Dialog und gegenseitiges Verständnis gelebt werden – auch und gerade durch Kunst im öffentlichen Raum.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Anton Högl".



Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksräti:innen in der Sitzung 6. November 2025 nachstehende

Resolution

Resolution der SPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus: Wirksame Schutzzonen vor Einrichtungen, in denen Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden

Resolution an die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus
eingebracht von der SPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus
für die Bezirksvertretungssitzung am 6. November 2025

Schaffung wirksamer Schutzzonen rund um Einrichtungen, in denen Schwangerschaftsabbrüche und Schwangerschaftsberatungen stattfinden – Schutz für Frauen und medizinisches Personal vor Einschüchterung und Belästigung durch radikale Abtreibungsgegner:innen.

Begründung:

Im Oktober standen erneut täglich Gruppen von radikalen Abtreibungsgegner:innen vor dem **Gynmed-Ambulatorium am Wiener Gürtel**, um im Rahmen der sogenannten Aktion „40 Tage für das Leben“ zu beten, Schilder zu halten und gezielt Frauen sowie medizinisches Personal einzuschüchtern. Diese Aktionen finden jedes Jahr im Herbst statt und dauern bis Allerseelen. Ziel dieser Mahnwachen ist es erklärtermaßen, Frauen von einem Schwangerschaftsabbruch abzubringen.

Was von den Teilnehmenden als „Gebet“ bezeichnet wird, stellt für viele Betroffene eine massive psychische Belastung dar. Frauen, die sich ohnehin in einer schwierigen persönlichen Situation befinden, werden auf offener Straße mit religiösen Symbolen, Plastikföten und moralischem Druck konfrontiert. Ebenso betroffen ist das medizinische Personal, das tagtäglich an den Demonstrierenden vorbeigehen muss und in seiner Arbeit diffamiert wird.

Solche „Gehsteigbelästigungen“ sind keine harmlose Meinungsäußerung, sondern eine Form gezielter Einschüchterung. Der öffentliche Raum darf nicht zur Bühne für Angriffe auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen werden.

In zahlreichen anderen Ländern wurden daher bereits gesetzliche **Schutzzonen** eingerichtet, die ungewollt schwangere Frauen, Beratungsstellen und Ärzt:innen wirksam vor diesen Belästigungen schützen.

Auch in Österreich liegt ein Gesetzesvorschlag zur Änderung des Sicherheitspolizeigesetzes vor, der bundesweite Schutzzonen im Umkreis von 150 Metern um betroffene Einrichtungen vorsieht. Dieses Gesetz ist überfällig.

Zwar erlaubt das **Wiener Landes-Sicherheitsgesetz** bereits jetzt die Wegweisung von Personen, die vor sozialen oder medizinischen Einrichtungen psychischen Druck ausüben –

doch die Praxis zeigt, dass diese Bestimmungen derzeit **nicht ausreichen**, um Frauen und Personal effektiv zu schützen.

Als Bezirk, in dem sich eine der zentralen gynäkologischen Einrichtungen Wiens befindet, ist Rudolfsheim-Fünfhaus besonders von dieser Situation betroffen. Es ist unsere Verantwortung, ein deutliches Zeichen für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung, auf medizinische Versorgung ohne Angst und auf Privatsphäre zu setzen.

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus möge daher beschließen:

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich klar für die Einrichtung von wirksamen Schutzzonen rund um Einrichtungen aus, in denen Schwangerschaftsabbrüche und Schwangerschaftsberatungen stattfinden.

Diese Schutzzonen sollen sicherstellen, dass ungewollt schwangere Frauen sowie medizinisches Personal frei von Belästigung, Einschüchterung oder religiösem Druck Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten.

Die Bezirksvertretung bekennt sich ausdrücklich zum Recht auf Selbstbestimmung von Frauen und zur Notwendigkeit eines freien und sicheren Zugangs zu medizinischer Versorgung – ohne moralische Bevormundung und ohne Einschüchterung.



Jakob Jensen-Lehner
Klubobmann

Die SPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus

Datum: 6. November 2025
Ort: Wien-Rudolfsheim-Fünfhaus

Wien, am 30.10.2025

Resolution

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksräte:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **06.11.2025** nachstehenden Resolutionsantrag:

Erhalt der Suchthilfe

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich für den dauerhaften Erhalt und die ausreichende Ausstattung der Suchthilfe-Angebote im Bezirk aus. Bestehende Betreuungsangebote sollen gesichert und, wo erforderlich, gestärkt werden.

Begründung

Berichte über Förderkürzungen im Bereich der Sucht- und Drogenhilfe führen zu großer Besorgnis bei Betroffenen, Anrainer:innen und Fachstellen. Wie der ORF Wien am 24. Oktober 2025 berichtet⁽¹⁾, sind Kürzungen von bis zu 20 – 50 Prozent bei Einrichtungen und Organisationen der Suchthilfe zu erwarten. Da der Bezirk Rudolfsheim-Fünfhaus an eine der größten Wiener Einrichtungen im Bereich der Suchthilfe grenzt, würden Kürzungen nicht nur die betroffenen Einrichtungen und Suchterkrankten unmittelbar treffen, sondern auch das Sicherheitsgefühl und den sozialen Zusammenhalt in der Nachbarschaft beeinträchtigen. Eine verlässliche Finanzierung stellt die kontinuierliche Präsenz sozialer Arbeit im öffentlichen Raum sicher, verhindert Versorgungslücken und stärkt das Vertrauen in die soziale Infrastruktur des Bezirks.

(1) <https://wien.orf.at/stories/3327253>



Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksräte:innen in der Sitzung 6. November 2025 nachstehende

Resolution - Sicheres Rudolfsheim-Fünfhaus für alle

Die Fraktion der SPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in Verbindung mit § 104 der Wiener Stadtverfassung in der Sitzung der Bezirksvertretung des 15. Bezirks am 6. November 2025 folgende Resolution:

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich für eine verstärkte uniformierte sowie zivile Polizeipräsenz im Bereich der U6-Station Gumpendorfer Straße aus. Opioidkonsum und Drogenhandel werden in Ballungszentren immer häufiger auftreten als in ländlichen Gebieten.

Es ist sehr wichtig, dass für alle Menschen, die dort wohnen, arbeiten oder zur Schule gehen, eine Situation geschaffen wird, die sozial verträglich und das Sicherheitsgefühl stärkt.

Begründung:

Der Innenminister hat hier großen und sofortigen Handlungsbedarf.

Obwohl fast alle verfügbaren Daten aus dem Drogenmonitoring 2024 eine Stagnation beim risikoreichen Opioidkonsum zeigen, kommt es in den letzten Monaten im Bereich der U6-Station Gumpendorfer Straße und im Wohnumfeld zu einem vermehrten Aufkommen von Drogenhandel und damit einhergehender Begleiterscheinungen. Anrainerinnen und Anrainer berichten von verstärktem, offenem Drogenhandel sowie einem erhöhten Konsum, der sich durch eine Häufung von Spritzen und anderem Konsumationsbesteck in Hauseingängen, Stiegenhäusern, Kellern und anderen Abstellräumlichkeiten von Wohngebäuden bemerkbar macht.

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus und Mariahilf arbeitet eng mit den zuständigen Stellen der Stadt Wien zusammen, um eine Verbesserung der Situation zu herbeizuführen. So konnte erreicht werden, dass die Wiener Linien die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sicherheitsdienst im Bereich U6-Gumpendorfer Straße erhöhen. Das Team der Mobilen Sozialen Arbeit der Suchthilfe Wien ist seit Monaten verstärkt im Einsatz, um konsumierende Menschen in das Sucht- und Drogenhilfenetzwerk der Stadt Wien zu integrieren. Hausverwaltungen werden beraten, wie Wohnhäuser am besten vor dem Eindringen unbefugter Personen geschützt werden können. Regelmäßige Austauschtermine stellen eine enge Abstimmung mit der Polizei sicher.

Dennoch zeigt sich leider, dass die Möglichkeiten des Bezirks schlichtweg nicht ausreichen, um eine effektive Verbesserung der Situation zu erreichen. Auch die Expertinnen und Experten der Sucht- und Drogenprävention sind sich einig, dass eine langfristige und spürbare Verbesserung nur mit einer verstärkten Präsenz der Polizei erreicht werden kann. Die Polizei vor Ort ist der wichtigste Partner im Bezirk, die für die Sicherheit der Menschen in Rudolfsheim-Fünfhaus sorgt. Welche Auswirkung die verfehlte Personalpolitik des

Innenministeriums und die damit einhergehende Unterbesetzung der Wiener Polizeiinspektionen hat, bekommen die Menschen in Rudolfsheim-Fünfhaus derzeit leider täglich zu spüren.

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus bekennt sich ungeachtet dessen weiterhin uneingeschränkt zum Prinzip „Therapie statt Strafe“ und tritt dafür ein, dass Beratung sowie medizinische, psychologische und soziale Hilfe Vorrang vor strafrechtlicher Verfolgung von Menschen mit einer Suchterkrankung haben. Einrichtungen der Suchthilfe Wien leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesundheitsversorgung und werden weder in ihren Angeboten noch ihren Standorten in Frage gestellt. Diese Einrichtungen werden jedoch unmittelbar mit der derzeitigen Situation in Verbindung gebracht, was deren Akzeptanz in der Bevölkerung gefährdet.



Jakob Jensen-Lehner
Klubobmann

Die SPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus

Datum: 6. November 2025
Ort: Wien-Rudolfsheim-Fünfhaus

Resolution

Sicherheitsgipfel zur Situation an der U6 Gumpendorfer Straße und rund um das Tageszentrum Jedmayer

Die Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellt gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in Verbindung mit § 104 der Wiener Stadtverfassung in der Bezirksvertretungssitzung am 06.11.2025 folgenden Resolutionsantrag:

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich für den medial angekündigten Sicherheitsgipfel zur Situation an der U6 Gumpendorfer Straße und rund um das Tageszentrum Jedmayer aus.

Begründung:

Der Bürgermeister hat hier großen und sofortigen Handlungsbedarf.

Die aktuellen Entwicklungen rund um die U6 Gumpendorfer Straße und das Tageszentrum Jedmayer sind für die Anrainerinnen und Anrainer längst nicht mehr tragbar. Trotz der mit breiter Mehrheit beschlossenen Aufforderung an den Bürgermeister endlich Maßnahmen zu ergreifen durch den Mehrparteienantrag von SPÖ, Grüne, ÖVP und FPÖ in der Bezirksvertretungssitzung am 26.06.2025 und einem von der Stadt Wien medial angekündigten Sicherheitsgipfel ist nichts dergleichen bis jetzt passiert. Es liegen eine Reihe von Vorschlägen auf dem Tisch, von verstärkter Videoüberwachung über zusätzlichen Einsatz von Sozialarbeitern bis hin zu einer Alkoholverbotszone. Es braucht nun einen Sicherheitsgipfel mit allen relevanten Stellen sowie Maßnahmen von Seiten der Stadt Wien und des Bürgermeisters, um den Anrainerinnen und Anrainern endlich wieder Sicherheit zu geben.



BR Felix Ofner, MA
Bezirksparteiobmann



BR Ahmet Bozkurt, MA
Klubobmann